

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

1r

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Meißnerfeld, Magdeburg, für Inserate Familienanzeigen u. Stellengesuche 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe u. 60 mm Breite lokal 75, auswärts 90 Pf., Rabatt geht nach Vereinbarung. — Druck und Verlag W. Wankusch & Co., Magdeburg, Fernspr. Amt Nord 28861—28865, verlor. wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Zert 33 1/2 % Nachtrag (ab 19 Uhr) 2051. Postzeitungsliste Seite 120. — Bezugspreis: Monatl. 2,50, Abholer 2,00 Mk., Einzelpreis 15, Aufschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Nachdruck verboten. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe und 27 mm Breite lokal 13, auswärts 15 Pf., vorchrift unverbindlich. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 122 Magdeburg (W. Wankusch & Co., Magdeburg).

№. 84

Mittwoch, den 9. April 1930

41. Jahrgang

Schiele will höhere Preise diktieren!

Zollerhöhungen für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Speck, Schmalz, Talg, Kalmin, Eier, Milch, Graupen, Grieß, Stärke, Sago
Ausfuhrprämien auf Kosten der Steuerzahler für Rindvieh, Rindfleisch, Schafe, Schafffleisch und Kartoffelerzeugnisse — Kein zollfreies Gefrierfleisch mehr
Und bare Millionen für Großagrarien dazu!

Das Reichskabinett beriet in einer Sitzung am Montag, so heißt es in einer amtlichen Mitteilung, auf Grund einer Vorlage des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über ein „Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft“ die Agrarfragen. Die mehrstündige Aussprache führte zu einer grundsätzlichen Einigung. Eine abschließende Kabinettsitzung wird Dienstag nachmittag stattfinden.

Eugenbergs Berliner „Volkswacht“ höhnt und spottet über diese amtliche Mitteilung: „Tatsächlich hat sich das Kabinett gestern nicht geeinigt, sondern hat alles Entscheidende auf heute nachmittag vertagen müssen.“ Eugenbergs Leute dürften in diesem Falle gut unterrichtet sein.

Schieles Vorlage hat in den Brüning-Parteien einiges Entsetzen hervorgerufen. Der „Demokratische Zeitungsdiener“ weiß einiges aus Schieles Programm mitzuteilen: Schiele hat die Richtpreise für Weizen und Roggen mit 260 bzw. 230 Mark je Tonne beibehalten, er fordert jedoch eine Vollmacht für die beliebige Zollsenkung für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen. Bei Weizen und Roggen soll die Frist von 3 Monaten, nach deren Ablauf die Säve auf die Notwendigkeit einer Änderung hin geprüft werden sollen, beibehalten werden, bei Gerste, Hafer und Erbsen soll die Veränderlichkeit der Zollsätze dagegen in das Belieben des Reichsernährungsministers gestellt werden.

Das Einfuhrschein-System soll über den bisherigen Rahmen hinaus ausgedehnt werden, und zwar sollen Einfuhrscheine erteilt werden auch für Rindvieh, Rindfleisch, Schafe und Schafffleisch sowie Erzeugnisse aus der Kartoffel, eine Wertentscheidung für die Einfuhrscheine soll in dem Gesetz nicht getroffen werden.

Ein weiterer Programmpunkt ist die Einführung des Beimahlungszwanges von Roggen zu Weizen, angeblich sogar ohne Fixierung eines festen Beimahlungsverhältnisses.

Weiter sollen in Vorschlag gebracht sein Zollerhöhungen auf Speck, Schmalz, Kalmin, Talg, Eier, Milch, Graupen, Grieß, Stärke und Sago die sich allerdings infolge vorhandener handelsvertraglicher Bindungen vorläufig kaum verwirklichen lassen dürften.

Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch soll entsprechend dem Vorschlag des Reichsernährungsministers vom 1. Juli 1930 ab eingestellt werden.

Damit nicht genug: Schiele fordert Subventionen für die ostdeutschen Grundbesitzer, und zwar auf mehrere Jahre verteilt, in Höhe von etwa 1000 Millionen!

Das geht selbst der Deutschen Volkspartei über die Dultschnur. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat schon gleich zu Beginn des Regierungsexperiments Brüning vor unerlöster Volkspolitik gewarnt. Die Warnung wird wiederholt in der volksparteilichen Presse. So ist denn in der „Kölnischen Zeitung“ zu lesen:

„Die Regierungsparteien müssen sich die Folgen einer Zollpolitik, wie sie von der Grünen Front angelehrt wird, klarmachen, wenn sie im einzelnen zu vorläufigen Stellungnahmen wollen, die Reichsernährungsminister Schiele als deutschnationaler Abgeordneter vertreten hatte und die er jetzt im Reichskabinett zum großen Teil durchzusetzen veruchen dürfte. Unter Außenhandels hat im letzten Jahre — das zeigt die fast stetige Zunahme unserer Warenzufuhr und das Ein-

schrumpfen des Passivabos unserer Handelsbilanz — einen erheblichen Aufschwung genommen. Dies gilt in besonders hohem Maße von der Ausfuhr nach einigen westeuropäischen Ländern, mit denen wir in neue Handelsvertragsverhandlungen eintreten müßten, wenn wir uns zu einer Erhöhung der Gemüse-, Obst- und Weinzölle entschließen wollten. Durch das in den Reichstagsanträgen der Grünen Front niedergelegte Ansinnen an die Reichsregierung, notfalls die in Frage kommenden Handelsverträge zu kündigen, wenn sich die betreffenden Länder nicht mit der einseitigen Erhöhung unserer Agrarzölle einverstanden erklären sollten, wird das Gebäude unserer Außenhandelsin seinen Grundfesten erschüttert. In einer Zeit ausgeprochen ungünstiger allgemeiner Wirtschaftslage würde die Grundlage zerstört werden, auf der unsere Fertiswarenindustrie ihr gegenwärtiges Ausfuhrgeschäft kalkuliert hat und auf der sie sich auf dem inländischen Markt gegen den ausländischen Wettbewerb behauptet. Wir würden mit einer großen Zahl von Ländern gleichzeitig in Verhandlungen einzutreten gezwungen sein, eine Arbeit, die allein aus technischen Gründen mit der gebotenen Schnelligkeit gar nicht geleistet werden kann. Die vom Kabinett Brüning zugesagte Anfrachterhaltung der „Kontinuität unserer Handelspolitik“ ist unvereinbar mit einem Vorgehen, das uns mit etwa einem Duzend wichtiger fremder Länder gleichzeitig in ernste handelspolitische Gegenstände bringen würde. Die landwirtschaftliche Not fordert von den übrigen Volks- und Wirtschaftskreisen, daß sie Opfer bringen, nicht aber, daß sie sich opfern. Nationalwirtschaftlich wäre es verhängnisvoll, wenn wir im Streben nach einer Stärkung unserer Landwirtschaft ganzen Industriezweigen die Existenzmöglichkeiten bis zur Unerträglichkeit verkümmern würden. Noch sind die Absichten des Reichsernährungsministers und des Reichskabinetts in Dunkel gehüllt; es ist

aber an der Zeit, jetzt schon vor einer Politik zu warnen, bei der wir insgesamt mehr verlieren als gewinnen würden.“

Es ist begreiflich, wenn die Reichsregierung am Montag ihre Beratungen über die Forderungen der Grünen Front auf Dienstag vertagte. Ein Zeichen dafür, daß sich nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die Kabinettsmitglieder wieder einmal in einer wichtigen Frage nicht einig sind.

Die Deutschnationalen aber fühlen sich! Eugenbergs Presse höhnt, daß die Regierung Brüning das Programm der Grünen Front voll durchführen müsse, denn dafür sei, dank der Laffik der Herren Eugenbergs und Oberjohrens, eine Mehrheit im Parlament bei entsprechendem Druck der Regierung gegeben. In der deutschnationalen Presse wird auch sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß die deutschnationalen Fraktion für den Preis des Schiele-Programms auch die Steuergesetze Moldenhaners annehmen werde.

Nun wird Herr Brüning seine liebe Not mit der Wirtschaftspartei, mit der Bayerischen Volkspartei, mit den Demokraten, mit der Deutschen Volkspartei und schließlich auch noch mit dem Zentrum haben, daß alle sich dem Diktat des Herrn Schiele fügen. Da wird er seinen eigenen „Regierungsparteien“ mit dem Artikel 48 drohen müssen. —

Der deutsche Macdonald

Die linksdemokratische Berliner „Volkswacht“ schreibt unter dem Titel „Der deutsche Macdonald“:

Für den deutschen Wahlbürger ist es eine feierliche Tatsache, daß Herrmann Müller, der jetzt aus dem Amte geschiedener Reichskanzler der Großen Koalition, zu „Köln“ war. Bis weit in die Reihen seiner Partei geht die Vorstellung, daß Herrmann Müller bei energischem Auftreten mehr erreicht haben würde. Es ist an der Zeit, dieser Legendenbildung einmal entgegenzutreten; denn niemand ist von Freund und Gegner — Feinde hatte der verlassene Kanzler nicht — ungerechter beurteilt worden, als gerade Herrmann Müller. Der Reichspräsident mit auch der neue Reichskanzler haben ihm nach seinem Rücktritt von der Staatsführung Worte ehrlicher Anerkennung für seine hingebende Arbeit gesagt, und es ist ein großer Verdienst, wenn man annehmen wollte, daß es sich hier etwa um die üblichen konventionellen Redensarten handle. Der Reichspräsident und Herr Dr. Brüning als Zentrumsführer haben Herrmann Müller an der Arbeit gesehen, und sie, wie alle, die seine Arbeit aus nächster Nähe verfolgen konnten, sind in dem Urteil einig, daß es sich hier um einen Mann von wahrhaft staatsmännischen Gaben handelt. Mit seiner politischen Begabung aber verbindet Herrmann Müller die Eigenart einer vollkommenen Loyalität, die ihm auch im Kreise seiner schärfsten politischen Gegner ein hohes Maß menschlicher Achtung eingetragen hat.

Wenn man die zwei Jahre seiner Kanzlerschaft rückblickend nachdenkt, so muß man feststellen, daß es immer sachliche oder fraktionelle Anstände waren, die zu Schwierigkeiten führten, niemals aber das persönliche Verhalten des Kanzlers. Die größte Schwierigkeit lag, so widerwärtigvoll das klingt, zunächst in der zahlenmäßigen Stärke seiner Fraktion. Als die Sozialdemokratie mit 150 Mandaten in den neuen Reichstag einzog, war sie vor allem auch auf

Kosten der Mittelparteien gewachsen. Nicht zuletzt hatte sie dem Zentrum in seinen westlichen Domänen schweren Abbruch getan. Und dennoch mußte der Versuch unternommen werden, mit den geschlagenen Mittelparteien eine Regierungsgemeinschaft herzustellen, da wir in Deutschland noch nicht parlamentarisch so weit entwickelt sind, einer freigelegten Arbeiterpartei, auch wenn sie nicht über die Mehrheit im Parlament verfügt, die Chance einer reinen Parteiregierung zu geben. Schon der Versuch wäre bei uns aussichtslos, und selbst ein Reichspräsident Ebert würde einem sozialistischen Kanzler nicht die Freiheit zugestanden haben, eine rein sozialistische Regierung zu bilden, ganz zu schweigen von den innern Gefahren, die bei dem mangelnden Respekt gewisser Parteien vor der geschriebenen Verfassung durch eine solche Regierung heraufbeschoren würde.

Als Herrmann Müller sein Kabinett bildete, ging er bewußt von der Tatsache aus, daß der Außenpolitik das Primat gebühre. So scharf in innerpolitischen, finanziellen und wirtschaftspolitischen Fragen die Parteien der Großen Koalition einander gegenüberstanden, so klar war doch auch die außenpolitische Linie, auf der sie sich gemeinsam bewegten. Die alte Reichsregierung hatte zwar mühsam diese Linie übernommen, aber sie war gleichzeitig für sie das heilige Eiserne, das nicht angerührt wurde. Weder in der Frage der endgültigen Reparationsregelung noch in Hinsicht auf die Durchhebung einer früheren Rheinlandräumung war von der Reichsregierung irgendein Schritt unternommen worden. Man begnügte sich damit, in der Außenpolitik mehr Schwäche als recht fortzumurmeln. Selbst der aktiven Natur Stresemanns gelang es unter der Reichsregierung nicht, einen Bewegungskampf für die von ihm sonst gewiß sehr verteidigten Ziele zu entfesseln.

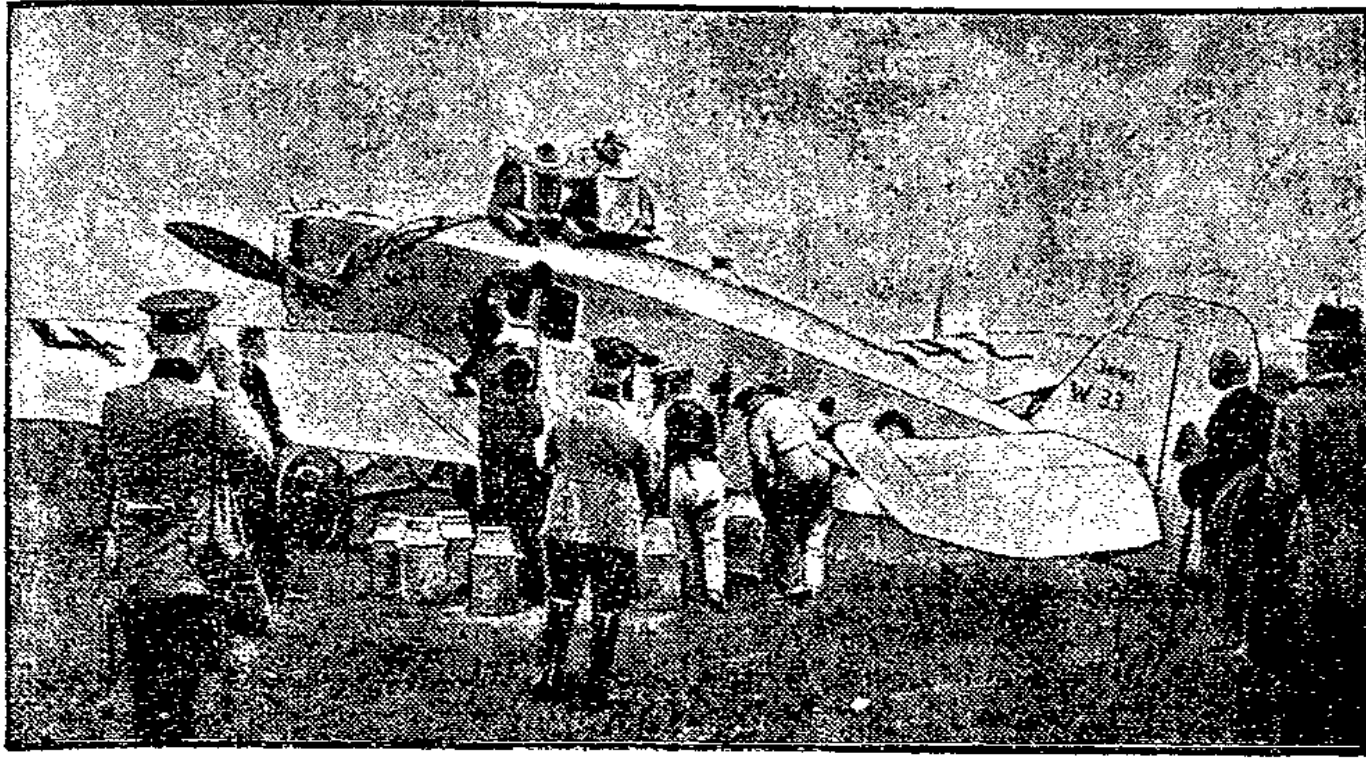
Das wurde mit einem Schlage anders als das Kabinett Herrmann Müller aus Ruder kam. Der neue Kanzler erkannte die große geschichtliche Aufgabe, Deutschland die eigene Freiheit zurückzugewinnen und durch eine Endregelung der Reparationsfrage den Weg zur

Die Katastrophe des „D 1649“

Das Unglück der Junkersmaschine „D 1649“, dem der 24jährige Flugzeugführer Karl Wessel und der 23jährige Junker Konert zum Opfer fielen, ist offenbar darauf zurückzuführen, daß der Pilot infolge verlorner Orientierung die

Meereshöhe von London entfernt, auf Wiesengelände aufgestoßen und verbrannt sei.

Aus der Lage des verunglückten Flugzeuges war zu schließen, daß der Pilot das Flugzeug gewendet hatte, um wegen Nicht-



Junkersflugzeug W 33, der Typ des über England abgestürzten deutschen Post- und Frachtflugzeugs D 1649, das den Nachdienst London-Berlin besah.

Flugzeugführer Karl Wessel, der bei dem Absturz ebenso wie sein Begleiter, den Tod fand.

Maschine zu niedrig fliegen ließ, so daß sie in voller Wucht auf den Erdboden aufprallte.

Das Unglücksflugzeug, ein Schwesterflugzeug des Ozeanflugzeuges „Bremen“, flog am Montagmorgen um 8.47 Uhr vom Flughafen Croydon bei London ab. Der Start verlief ordnungsmäßig. Vom Start aus traf in Croydon jedoch keine Funknachricht ein. Nach einer halben Stunde kam dann die Nachricht, daß „D 1649“ nach einem Fluge von 18 Minuten zwischen Croydon und der Meeresküste, 5 1/2 Kilometer von Fovier Dawn, 20 Kilo-

meter von London entfernt, auf Wiesengelände aufgestoßen und verbrannt sei. Offensichtlich hat er sich aber bei dem Rückflug bezüglich der Geländehöhe verschätzt. Als das Flugzeug dann auf den Boden aufschlug, plätschte der Benzinantrieb, die Maschine geriet in Flammen und verbrannte vollkommen.

Die beiden Insassen konnten nur als Leichen geborgen werden. An Bord des verunglückten Flugzeuges waren etwa 400 Kilogramm Briefe und andre Sendungen, die vollständig verbrannten.

Kleine Chronik

Miefenbetrug eines Hausbesizers

Der Untersuchungsrichter vom Landgericht I in Berlin hat gegen den Berliner Hausbesitzer Storch, der fälschlich einen Haftbefehl erlassen.

Storch, Besitzer von 33 in der Inflationszeit erworbenen Mietshäuser in Berlin, wird beschuldigt, durch betrügerische Handlungen eine Ermäßigung rechtmäßig von ihm zu zahlender Hauszinssteuer um etwa 600 000 Mark herbeigeführt zu haben. Da Storch ein durchaus einfaches Leben führte, ist nicht klar ersichtlich, was ihn zu den ihm zur Last gelegten Betrügereien verführt haben kann. Der Gesamtwert seiner Häuser beläuft sich auf etwa 5 Millionen Mark.

Beim Rettungswerk tödlich verunglückt

Eine mutige Rettungstat mußte Montag nachmittag in Berlin der 23jährige Arbeiter Willi Klemm mit dem Leben bezahlen.

In Wittenau an der Ecke der Haupt- und Hermannsdorfer Straße scheuten plötzlich die Pferde eines Geschäftsfuhrwerks. In rasender Fahrt jagte das Gespann die Hauptstraße, die um diese Zeit stark belebt ist, hinunter. Mehrere Automobilisten konnten sich nur mit Mühe und Not dadurch in Sicherheit bringen, daß sie ihren Wagen auf den Bürgersteig lenkten.

Um großes Unheil zu verhüten, stellte sich der 23jährige Arbeiter Willi Klemm den durchgehenden Pferden in den Weg. Er warf kurzentschlossen seine Tasche fort und hängte

sich den Pferden in die Zügel. Unglücklicherweise kam er hierbei zu Fall, wurde ein Stück mitgeschleift und mußte schon nach wenigen Metern völlig erschöpft loslassen. Die Räder des Fuhrwerks gingen dabei so unglücklich über den Arbeiter hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Raubüberfall auf Tankstellenwärter

Wb. Düsseldorf, 7. April. Heute früh gegen 5 Uhr wurde der Wärter einer Tankstelle bei Venrath schwer verletzt und besinnungslos aufgefunden. Er muß durch einen Schlag mit einem schweren Gegenstand auf den Kopf niedergedrückt worden sein. Das in seiner Geldtasche befindliche Bargeld scheint von den Tätern geraubt zu sein, wogegen das Kartengeld sich noch in der Tasche befand.

Düsseldorf

Das Düsseldorf Landkriminalpolizeiamt veröffentlicht zum Zweck einer einheitlichen Forderung in einer Sondernummer des Kriminalpolizeiblattes alle bisher sich ergebenden Beobachtungen der Düsseldorf Mordtaten. Danach sind fünf der Mordtaten von dem in Haft befindlichen geisteskranken Stausberg begangen worden, während vier Morde an Hausangehörigen von einem anderen Täter, der Stausberg nachahmen wollte, ausgeführt sein sollen. Leider habe man nur eine halbwegs sichere Beschreibung des Mörders.

In der Sondernummer des Kriminalpolizeiblattes wird schließlich noch darauf hingewiesen, daß der oder die Täter besonders in Kreisen zu suchen sind, die infolge ihrer abnormen Veranlagung schon mit Behörden, wie Polizei, Gericht, Irrenanstalt und Gefängnis, zu tun gehabt haben.

Goldmann und Geher

Roman von G. von S.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

(28. Fortsetzung.)

Das Köschchen war nun schon ein halbes Jahr alt und war die Freude des Vaters. Und nicht nur des Vaters: die Freude aller war dieses Kind. Von seinem Lachen waren alle beglückt: die Tanten, die kleine Kora, die noch immer im Geher'schen Hause lebte, und die Mutter selbst wohl auch.

Lotte liebte ihr kleines Nadel, das war sicher; aber ihre Liebe war von anderer Art, als die des Vaters. Sie war ruhig und ernst, aber, wie es Mutter Manken schien, ohne rechtes Glücksgefühl.

Im Januar war Inventuraufnahme bei der Firma Goldmann und Geher gewesen, die zufriedenstellend abschloß; aber nun kam zum ersten April die große Bücherrevision, der jeden alle Angestellten der Firma voll Spannung entgegen. Daß bei der nicht alles glatt gehen würde, das war mit Bestimmtheit zu erwarten. Wenn Westphal daran dachte, war ihm nicht wohl zumute. Der Nachtrag in der Kasse war nicht gering. Hanna hatte große Summen gebraucht, um ihre Freiheit immer wieder für einige Zeit sicherzustellen. Für neues Geld waren die Wochen und Monate, die sie voll Selbsterlöbnis miteinander verlebte hatten, erkauft worden.

Nun waren sie unwiederbringlich dahin. Professor Donat befand sich auf der Heimreise. Gestern hatte er es von Hanna erfahren.

„Ausgeträumt ist nun der Traum“, hatte sie lächelnd gesagt, und ihr Lächeln war nicht etwa ein schmerzliches gemein. Sie schien über den Abschluß nicht weiter unglücklich zu sein. Ihm waren schon Zweifel an der Sicherheit ihrer Liebe gekommen. Ob sie wenigstens Mitleid für mich empfinden würde, wenn ich mich, um dem drohenden Unheil zu entgehen — erschießen würde? fragte er sich. Gewiß würde sie das. Aber was hätte er davon? Nichts! Nein, mit dem Sterben wollte er sich nicht heilen.

Endlich sah er einen Ausweg. Hanna mußte helfen. Hanna, die seine Mitschuldige war! Die ganz gut mußte, aus welcher Quelle das Geld geflossen war, das sie ihm abgenommen hatte, wenn sie auch die Unwissende spielte. Hanna mußte helfen. Hanna brauchte nur irgendwelche Kunststücke, mit denen ihr Mann nachgeholt war, zu verknäueln, oder nur eine Schnur ihrer kostbaren Perlen, dann hatte man schon, was man brauchte. Sie würde es mit Freunden tun, wenn sie ihn dadurch vor dem Schlimmsten bewahren konnte.

Nach an demselben Tage ging er zu ihr. Es regnete heftig. Das geräuschete seine Besorgnis: sie könnte am Ende nicht zu Hause sein. Er trat sie in schlechter Stimmung an. Schon wollte er dies in seinem Vorhaben schwandend machen, als eine

Stimme in ihm mahnte: „Es geht um dein Leben!“ Diese Mahnung trieb ihn zum Entschluß.

„Hanna, heute komme ich als Bittender zu dir“, sagte er, ihre Hände erfassend, „ich bin in großer Not, aus der du mir helfen mußt.“

Mit unsicherem Blick sah sie zu ihm auf.

„Was heißt das, du bist in Not?“

Der Ausdruck ihres Gesichtes war hart und herrisch. Hermann Westphals Mut wurde klein. Die da vor ihm stand, würde sich nie als seine Mitschuldige fühlen! Aber würde sie nicht Erbarmen mit ihm haben?

„Hanna, ich muß das Geld, das ich dir für deinen Mann gab, jetzt ersetzen, und habe es nicht.“

„Was heißt das: ich habe es nicht? War es denn nicht das deine?“

Sie entzog ihm ihre Hände.

„Nein, Hanna, wie sollte ich zu so viel Geld kommen? Du weißt, daß ich, ehe ich zu deinem Bruder ins Geschäft kam, ein armer Bankbeamter war.“

„Woher sollte ich das wissen?“

Sie sah ihn fremd und kalt an.

„Ich erzählte es dir doch, Hanna.“

„Wirklich?“ fragte sie achselzuckend.

Sie ließ sich in einem Sessel nieder, und sah gelangweilt vor sich hin. Hermann sah auf sie nieder. In ihrer Art war etwas, das ihn aufreizte. Am liebsten hätte er seinem Gefühl dadurch Luft gemacht, daß er ihr ins Gesicht geschrien hätte: „Du bist an meinem Unglück schuldig!“ Aber er bezwang sich. Er zog sein Schnupftuch aus der Tasche und tupfte sich damit die Stirn, die ihm heiß und feucht geworden war.

„Es ist aber möglich, daß du es mir gesagt hast; ich habe es aber gleich wieder vergessen, weil es ja nicht sehr interessant ist.“

Eine Geringschätzung lag in ihren Worten, die ihn nun doch aus der Fassung brachte.

„So, also das hat dich nicht interessiert — vielleicht interessiert dich das: ich habe noch und noch fünfundzwanzigtausend Mark aus der Geher'schen Kasse entwendet, die reiflos in deine Hände übergegangen sind.“

Die Hände vor ihre Ohren gepreßt, bat sie: „Bitte, verschone mich mit deinem Gefändnis!“

Ihr Gesicht war weiß bis in die Lippen; es rührte ihn nicht.

„Für nur weiter, nimm deine Hände von den Ohren, sonst muß ich schreien und deine Diensthöfen könnten hören, was erst einmal nur für dich bestimmt ist.“

Sie ließ die Hände fallen. Sah mit brennendem Blick vor sich hin.

„Ich kam zu dir, um dich zu bitten, das Geld zu beschaffen.“

„Wie könnte ich das?“ unerbaurlich sie ihn.

Er hob beschwichtigend die Hand.

„Du sollst es nicht, ich habe es mir anders überlegt: ich werde zu deinem Bruder gehen und ihm alles gestehen, alles, Hanna.“

Anfall bei Zeppelins Probefahrt

Stuttgart, 8. April. „Graf Zeppelin“, der am Montag seine zweite Werftfahrtenfahrt in diesem Jahr ausführen, konnte infolge äußerst heftiger Bodenwinde nur unter außerordentlich schwierigen Umständen landen.

Das Luftschiff wurde zweimal in die Höhe gehoben, wobei ein Mann der Galmannschaft, der das Seil nicht rechtzeitig losließ, aus einer Höhe von 4 bis 5 Meter herabfiel und schwer verwundet ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein zweiter Arbeiter konnte durch die Passagiergondel hereingezogen werden.

Todesstrafe gegen Rogens beantragt

Nach 41stündigem Plädoyer vor dem Schwurgericht in Neustrelitz beantragte Oberstaatsanwalt Weber am Montag gegen August Rogens die Todesstrafe wegen Ermordung des Heinen Ewald Rogens sowie die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit.

Gegen den jugendlichen Fritz Rogens lautete der Antrag auf eine Gesamtstrafe von 4 Jahren 1 Monat Gefängnis wegen Beihilfe und Meineid; die Unteruchungshaft soll angerechnet und die Strafe ausgesetzt werden, sobald sie bis auf 1 Jahr 5 Monate verbüßt ist.

Der Antrag gegen Frau Köhler lautet auf 7 Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe und Meineid; hier soll die Unteruchungshaft in Höhe von 8 Monaten angerechnet, außerdem auf 10 Jahre Ehrverlust erkannt werden.

Der Antrag wurde im Zuschauerraum mit lebhafter Bewegung angenommen. Die Angeklagten blieben ruhig. Zukunftsfall soll nach Meinung des Oberstaatsanwalts Mittäter in der passiven Rolle, wahrscheinlich Aufpasser gewesen sein.

Brandunglück. In einer Asphaltfabrik des Deutzer Industriegebietes explodierte am Montag ein unter einem Druck von 70 Atmosphären stehender Oelbehälter. Die Fabrik wurde in Flammen gefüllt, ein Arbeiter verbrannte lebendigen Leibes.

Vier Brüder ertrunken. Vor Westjütland kenterte im Sturm ein Boot, in dem vier junge Brüder saßen, die zum Fischen ausgefahren waren. Vom Ufer aus beobachtete der Vater der Brüder die Katastrophe, war aber bei dem Unwetter nicht in der Lage, Hilfe zu leisten.

RUND & FUNK

Programm der Sender Berlin und Magdeburg

Wellenlänge 418 bzw. 283 Meter.

Mittwoch, 9. April, 15.20: Charly Siebert: Sächsische Schönheitspflege. 15.40: S. Balbus: Ein Tag der Lumereh-Indianer. 16: Jugendbühne. 17: Operettenlieder und Chansons. 17.30: Ober-Ing. Eibel: Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Personalabteilung und das Fortwärtkommen in der Industrie. 17.55: A. Gögge: Der Blinde und sein Hund. 18.20: Das Gesicht der Zeitkritik. 18.45: Konzert. Weinberger: Duo. „Puppenpiele“. Rencé: Arioso. — Strauß: Sed umschlungen Millionen. — Smetsky: Farewell Bon. — Foot: Burleske. — Lindemann: Preliolen. — Königsberger: Trance. — Armandola: Fortrot-Intermezzo. 19.55: Arbeitsmarkt. 20: Wagon man spricht. 20.30: G-nbepiel: „Kauz“. Komödie von L. Strindberg. 21: Ankl.: Zeit. Wetter. 22.30: Kartenspiele. 23: Danach: Tanzmusik.

Deutsche Welle, Mittwoch, 9. April, 9.30: Reinhold Paul Mettle: Erzählungen „Bauerabrot“ und „Rudiger“. 10: Lieber um Geschichten für Kinder. 10.35: Mittel des Reichsstadtebundes. 14.45: Kindertheater. 15.45: Anna Dreiwitz: Gier und Obergierichte für den Abendhich. 16: Landgerichtsdir. Sieger: Vernehmung von Jugendlichen. 16.30: Hamburg: Konzert. 17.30: von Gudenberg: Der Choral. 17.55: Prof. Dr. Bedmann: Allgemeine Wirtschaftslehre und Landwirtschaft. 18.20: Dr. Böler: Aut Urlaub in Brasilien. 18.40: Gemisch für Anf. 19.05: Dr. Primhorn: Was erwartet man von der Psychologie? 19.30: Dr. Alice Salomon und A. Meurer: Männer und Frauen in der Wohlfahrtslehre. 20: Wagon man spricht. 20.30: Rändchen: Konzert. Suppe: Ein Morgen, ein Mittag, ein Abend in Wien. — Joh. Strauß: Märchen aus dem Orient. Walzer. — Gramschkaebten: Voto. aus „Der Orlow“. — Retellen: Waues Vorgehen. In der blauen Wäffern von Hamann. — Götz-Schröder: Trüger Reitermarsch. 21.35: „Reflexe“. Kleines Funfhabarett. 21: Ankl.: Zeit. Wetter. 22.30: Kartenspiele. 23: Danach: Tanzmusik.

Das peitliche sie auf.

„Was heißt alles? Willst du mich etwa preisgeben?“ Ihre Augen flammten. „Bräuchst du das fertig, mich bloßzustellen?“

Er zog die Schultern hoch. „Rotweil, Hanna!“

Sie trat vor ihn hin. Ihre Hände umklammerten seine Arme.

„Muß ich leiden, weil du schuldig geworden bist?“

„Ich bin es durch dich geworden, Hanna. Du weißt es, hast es von Anfang an gewußt. Ich bin kein gemeiner Dieb, Hanna.“

Er suchte noch einmal Verständnis bei ihr: „Was ich getan habe, habe ich aus Liebe zu dir getan.“

Sie ließ ihre Hände von seinen Armen, trat einen Schritt von ihm zurück. Ihre nachschwarzen Augen sahen ihn durchdringend an.

„Aus Liebe“, wiederholte sie seine Worte, „aus Liebe tut man so etwas nicht. Wenn du mich geliebt hättest, so könntest du mich jetzt nicht preisgeben. Leidenschaft war es, die verpufft ist.“

„Richtig, Hanna, daß es nichts andres war, so will ich erst recht nicht daran zugrunde gehen.“

Sie zog die Schultern hoch, ließ sich wieder in ihren Sessel fallen, und sah vor sich hin. Nach einer kleinen Weile fragte sie: „Und was verpufft du dir von diesem alles umfassenden Gefändnis?“

Der Hohn, der in ihren Worten mitschwang, raubte ihm den letzten Rest von Besinnung.

„Keine Rettung. Geher wird seine verheiratete Schwester nicht selbst an den Pranger stellen. — Verzeißt du das?“

Er schrie, daß sie fürchtete, ihre Diensthöfen könnten es hören.

„So müßige dich doch!“ jagte sie.

„Ich hab nun nichts mehr zu sagen. Ich gehe!“

Er stürzte aus dem Zimmer. Sie machte keinen Versuch, ihn zurückzuhalten. Gleich würde er gewiß nicht zu Geher laufen.

Wer weiß, ob er es überhaupt tat?

Sie ging an den Schreibtisch, auf dem sich ein kleines Tischtelefon befand. Sie ließ sich mit der Wohnung Chatenahs verbinden.

„Ist Herr von Chatenah zu Hause?“

Die bejahende Antwort hätte ihr beinahe einen kleinen Freudestoß entlockt.

„Sagen Sie Herrn von Chatenah, Frau Donat möchte ihn sprechen.“

Der Gerufene meldete sich. Hanna nannte ihren Namen noch einmal.

„Was ist, Herr von Chatenah, hätten Sie Lust, mir ein bißchen Gesellschaft zu leisten? — Ja? — Ach, das ist nett! Kommen Sie bitte recht zeitig! Wann Franz heimkommt, wollen Sie wissen? Ja, ich denke, so in drei, vier Tagen. Er befindet sich schon auf der Rückreise. Ich erzähle Ihnen alles — natürlich — kommen Sie nur recht bald; ich bin ununterbrechbar.“

„Gott, wie gut es doch war, daß man noch Freunde hatte! Ein Glück war es, daß sie ihn nicht aufgegeben hatte, wie sie es begehrt wogemacht hatte...“

(Fortsetzung folgt.)

im die Finanzminister ein Kampf der Regierungsparteien gegeneinander und gegen die Regierung entbrannt ist, soll Herr Schiele im Interesse der etwa 10 000 Großgrundbesitzer noch 1 Milliarde, verteilt auf mehrere Jahre, verlangen. Es wird die Schicksalsfrage für Herrn Dr. Brüning sein, wie er diese ungeheuren Summen aufbringen will, und wie seine eigentlichen Regierungsparteien, die bei ihrer Verwendung leer ausgehen, sich dazu stellen werden! —

Zentrum und Reichsbanner

In den letzten Tagen ist in der rechtsstehenden Presse auf Grund einer rein privaten Auslassung einer dem Zentrum nahestehenden Korrespondenz immer wieder das Verhältnis der Zentrumspartei zum Reichsbanner erörtert worden. Im Zusammenhang mit diesen Erörterungen lauden jetzt Meldungen auf, nach denen das Zentrum in diesen Tagen den Gedanken einer Loslösung vom Reichsbanner ernstlich erwogen haben soll. Man habe sich jedoch schließlich dahin entschieden, von einer Loslösung zunächst abzusehen und den Einfluss des Zentrums in der Führung des Reichsbanners stärker als bisher zur Geltung zu bringen.

Von maßgebender Zentrumsseite wird dazu mitgeteilt, daß sowohl im Parteivorstand wie im Parteiausschuß des Zentrums, die am Sonntag und Montag in Berlin tagte, nicht mit einem Wort von einer Loslösung des Zentrums vom Reichsbanner die Rede gewesen ist und entsprechende Erwägungen in den maßgebenden Instanzen des Zentrums auch nicht stattfanden. Die Auslassungen der dem Zentrum nahestehenden Korrespondenz seien als private Äußerungen des Herausgebers dieser Korrespondenz zu betrachten. —

Sabotage auf die Arbeitslosen

Wenn ein gegen Feuer versicherter Hausbesitzer, dem das Haus abbröckelt, die Versicherungssumme erhält, ist das ein einfaches Rechtsgeschäft. Es würde sich ein Hohngelächter erheben, wenn wir die Behauptung aufstellen wollten, daß er mit der Annahme der Versicherungssumme in der bürgerlichen Achtung gemindert sei. Aber mit den Arbeitslosen — ja, da ist es ganz etwas anderes. Sie zahlen ihre Versicherungsbeiträge, wenn aber der Schadenfall eintritt und sie arbeitslos werden und nun den Gegenwert ihrer Beiträge als Erwerbslosenunterstützung erhalten, so werden sie vom Spießbürger als Menschen zweiter Klasse angesehen, an denen jeder seine Stiefel abwischen will.

In Hamburg in Bahrenfeld ein Erwerbsloser wegen Bettelerei vor dem Amtsgericht. Er verteidigte sich: „Aber Herr Vorsitzender, ich kann doch nicht mit fünf und einer halben Mark leben, und mehr geben sie mir nicht bei der Fürsorge und Arbeit geben's einem auch nicht. Und wenn man noch... Da riß dem Herrn Amtsgerichtsdirektor die Geduld, und er erklärte barsch: „Man kennt euch schon, Wenn ihr Freitag's eure Untertreibung erhaltet, dann wird's verhoffen. Und prompt brannte er dem armen Teufel 10 Tage Gefängnis auf.“

Dann wird's verhoffen! Das ist die ganze soziale Weisheit eines Amtsrichters, der täglich seine gewohnten Maß Bier trinkt und regelmäßig seine Kalbshaxe isst! Erwerbslose sind ein unbequemes Volk. Sie erinnern den Spießbürger, der sich eines bequemen Daseins erfreut, daran, daß es noch so etwas wie menschliche Not gibt. Und eben aus dieser unbequemen Erinnerung erwächst die Heße gegen die Arbeitslosen.

Wie der Amtsrichter, so die Unternehmer. In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ konnte man einst das folgende Lied vom Stembeln lesen:

Wer die Arbeit hat erfunden,
hat uns Stempeln nicht gedacht.
Sonst hätte man sich nicht so lange
abgerackert und geplagt.
Leben ist jetzt ein Vergnügen,
hier auf dieser schönen Welt.
Ist der Ausweis nur gestempelt,
dann erhält man auch sein Geld.
Warum soll man da noch schufteln,
wenn das Nichtstun wird bezahlt,
mögen Dumme schwitzen, pfeifen,
ob es warm ist oder kalt.

Das ist der Geist der Streite, die laut nach der Reform der Arbeitslosenversicherung, nach dem Aufbau der Leistungen schreien, die politische Krise heraufbeschwören, weil nur der Hunger der Arbeitslosen Deutschland retten kann! —

Die Zahlungsbank konstituiert sich

Paris, 8. April. Der Aufsichtsrat der Internationalen Zahlungsbank tritt Ende dieser Woche in Basel zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In ihr wird vor allem der amerikanische Bankier Mac Garrach zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und der holländische Gouverneur der Bank von Frankreich, Quessard, zum Generaldirektor der Bank gewählt werden. Gleichzeitig werden die letzten Dispositionen für die Geschäftsaufnahme des Instituts am 1. Mai getroffen werden.

Die Emittenten der neuen Reparationsanleihe wird — wie der französische Finanzminister am Montag mitteilte — noch in der ersten Hälfte des Monats beginnen. Nach dem Stand der bisherigen Verhandlungen dürfte man erwarten, daß die Zeichnung in wenigen Tagen erfolgt sein werde. —

Der neue polnische Premier

Warschau, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Der neuernannte polnische Premierminister, Oberst Slawek, erklärte am Klub der Sejmberichterstattung: „Der Charakter eines Mannes kommt immer in seiner Arbeit zum Ausdruck. Meine Charaktereigenschaften werden sehr bald im Verhältnis zu Ihnen als Premierminister zum Ausdruck kommen. Ich liebe nicht, von meinen Absichten zu sprechen, so lange ich noch fern von deren Verwirklichung bin. Sie dagegen möchten icher jetzt Informationen darüber erlangen, um die Reue Ihrer Leser zu befriedigen. Sehr reiches, interessantes Material können Sie auf dem Gebiet der Dinge schöpfen, die vorher nach seiner Wiederherstellung geschaffen hat. Ich bitte Sie daher, das Interesse Ihrer Leser auf diese Dinge zu lenken.“

Der Vorsitzende des Klubs, der Parlamentsberichterstattung, Szpakowski, dankte dem Premier für die Erbe seines Besuchs und fuhr fort: „Es sei hier gestattet, den Wünschen Ausdruck zu

Ergebnis der Betriebsratswahlen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Gegen Gelbe und Kommunisten

Freie Gewerkschaften 523 - Kommunisten 27 Betriebsräte

Die im mitteldeutschen Braunkohlen-, Kalk- und Erzbergbau — unter Leitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands — durchgeführten Betriebsratswahlen zeigten das nachfolgende Ergebnis:

freien Gewerkschaften	28 635 Stimmen
christlichen Gewerkschaften	853 „
kirchlich-Dunkerschen	42 „
Kommunisten	2 249 „
Gelben	1 907 „

Es erhielten:

freie Gewerkschaften	523 Mandate
davon Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (403)	
Christen	19 „
kirchlich-Dunkersche	— „
Kommunisten	27 „
Gelbe	20 „

Nach diesem Wahlergebnis steht fest, daß im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau den freien Gewerkschaften die ausschlaggebende Führung der Arbeiterklasse gehört. Die obigen Zahlen sprechen eine so deutliche Sprache, daß an dieser Tatsache trotz allem Geschrei der Kommunisten und Gelben nichts geändert wird.

Die diesjährigen Wahlen waren für die Gewerkschaften Kampfwahlen. Sie mußten geführt werden gegen die von den Unternehmern ausgehaltenen Gelben und Betriebsräte als auch gegen die von der kommunistischen Parteiführung irreführend sogenannten Oppositionellen. Weichenlang hat die kommunistische Presse in der unverschämtesten Art und Weise gegen die Kandidaten der freien Gewerkschaften als auch gegen die letzten selbst einen Verleumdungskampagne geführt,

um das Vertrauen zu den Gewerkschaften bei den Arbeitern zu untergraben. Mit dem schäblichsten Mittel persönlicher Verleumdung und Verunglimpfung von Führern glauben die K.P.D.-Gelben das Fundament der Gewerkschaften im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zerstören zu können. Ihnen kam es vor allem daran, daß sie ihren bunteparteiigen Parteiapparat durch Stützpunkte in den Betrieben wieder einigermaßen flott zu machen.

Trotz aller Anstrengung und allem Lügenaufwand und all dem schönen Papier, was in dieser Wochen von den Kommunisten veröffentlicht wurde, konnten sie es nicht verhindern, daß sie

geben, die uns alle ohne Unterschied der Parteizugehörigkeiten erfüllen: wir sind die Vertreter des Klubs der Parlamentsberichterstattung und möchten nicht Vertreter eines Arbeitslosenklubs werden. Wenn solche Wünsche den

Unternehmernot

Die Boswau & Knauer-AG., eine bekannte und große Baugesellschaft, erhöht für 1929 ihre Dividende von 12 auf 14 Prozent.

Die Vereinigte Bautzener Papierfabriken-AG., Bautzen, zahlt für 1929 eine Dividende von 9 Prozent. Bei Wessels Wandplattenfabrik AG. in Bonn werden für 1929 wieder 12 Prozent gezahlt.

Die Bleistiftfabrik vorm. Johann Faber, Nürnberg, verteilt wieder 10 Prozent Dividende.

Die Mechanische Treibriemenweberei und Seilfabrik Gustav Kunz, Tremen, zahlt wieder 10 Prozent Dividende.

Die Bonner Bergwerks- und Hüttenverein-AG., Zementfabrik in Oberkassel bei Bonn, verteilt 10 Prozent Dividende.

Bei den Vereinigten Trikotfabriken (R. Vollmoeller) in Vaihingen werden 10 Prozent Dividende ausgeschüttet.

Die AG. Hotel Bellevue, Dresden, verteilt 10 Prozent Dividende.

Die Kunstanstalten May in Dresden verteilen 12 1/2 Prozent Dividende.

Die Handels- und Verkehrsbank-AG., Hamburg, und die Dürener Bank, Düren, verteilen wieder 10 Prozent Dividende.

Die G. Feibisch-AG., Berlin (Teppiche), verteilt 20 Prozent Dividende.

Aber für die Erhöhung des Unternehmeranteils an den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ist kein roter Pfennig vorhanden. —

Gedankenkreis der Regierung am Blase erscheinen, so können wir um deren Berücksichtigung.“

Darauf fragte die Berichterstatter, ob der voraussichtliche Termin der Seppenaufhebung und der Auskehrung der Neuwahlen bereits vorzulegen sei.

Oberst Slawek antwortete: „Ich weiß nicht, ob mir im Lande Beruhigung eintrifft.“

„Wird die Regierung des Herrn Premier eine Regierung der Veruhigung sein?“ war die nächste Frage.

„Das hängt nicht bloß von mir ab“, erklärte Slawek und verließ die Versammlung, so daß man nicht mehr die Ergänzungsfrage stellen konnte: „Wohl auch vom Herrn Kriegsminister?“

Frankenfälchung ist ehrenhaft

Der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird aus Budapest berichtet: Die Regierung verbietet hier nun die Affäre Wundschirach und göttlich handelt. Unter östlicher Herrschaftung der Koffenwaffen die Wundschirach, der nach dem Frankenfälchungsbrotge wegen einer angeblichen Straftat auf freien Fuß gesetzt wurde, amnestiert werden. Ein mehrheitliches Schöngerecht hat inzwischen festgestellt, daß er keine ehrenrührigen Handlungen begangen hat und ihm eine große Entschädigung vom ungarischen Staat gebührt. Jeder verurteilte Wundschirach nicht weniger als 4 000 000 Penga. Das sind etwa 2 1/2 Millionen Mark, als Entschädigung und drückt mit einem Witz.

Wie dieser Wundschirach die Affäre Wundschirach hängen gewiss Handlungen der ungarischen Parteiwähler zusammen. In ein Teil des ungarischen Abgeordnetens unter Führung des Ober-

eine katastrophale Niederlage bei den Wahlen erlitten. Den 523 freigewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitgliedern stehen ganze 27 Kommunisten gegenüber. Wenn man dieses Ergebnis im Vergleich zu den täglichen Siegesmeldungen der Kommunistenpresse setzt, dann muß man lachen, wie es die Kommunisten verstehen, aus Mühen Elefanten zu machen. Man kann Mitleid bekommen, wenn man dieses

Keine Häuflein irreführender Arbeiter wie einen kleinen Binscher an dem Vieh der Freigewerkschaftler herumklopfen sieht. Aber eins hat die kommunistische Parteiführung erreicht. Durch ihre verbrecherische Zersplitterungspolitik hat sie geholfen, daß die Gelben ihre Mandate gegenüber dem Vorjahr vermehren konnten. Sie sind die Stützgeldehalter der Unternehmerrückstände geworden, indem sie die Front der organisierten Arbeiter zersplitterten.

Daß es den Gelben gelang, Fortschritte zu erzielen, ist im wesentlichen auf die augenblickliche Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zurückzuführen. Eine ganze Reihe von Betrieben liegt augenblicklich still. Auf der größten Anzahl von Werken sind umfangreiche Entlassungen vorgenommen und bei diesen Entlassungen wurden naturgemäß die Gelben sehr geschont. Nichtsdestoweniger die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf die Straße, während die

gelben Lieblinge in den Betrieben verblieben. So ist es erklärlich, daß mit Hilfe der Unternehmer aus einer ganzen Reihe von Werken gelbe Listen eingereiht werden konnten und die unter Druck gehaltenen Protesten dieser teilweise ihre Stimmen geben. Trotzdem gelang es den Gelben in ihrem einzigen Vorhaben, die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder zu bekommen. Ihr Einfluß wird auch in der Zukunft gering sein.

Die Freigewerkschaftler haben aus den diesjährigen Betriebsratswahlen die Lehre zu ziehen, bis zum nächsten Jahre wirksam in dem Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen mitzuarbeiten und eine

geschlossene Front der Gewerkschaftler gegen alle Zersplitterungsbestrebungen, ganz gleich, von welcher Seite sie kommen, zu bilden. —

Im Ruhrbergbau

Das vorläufige Endergebnis der Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau von 294 Schichtanlagen einschließlich einzelbetrieblicher Arbeitervereine lautet: Freie Gewerkschaften 125 971 Stimmen (418 Mandate), Christen 77 592 Stimmen (613 Mandate), kirchlich-Dunkersche 8482 Stimmen (7 Mandate), Kommunisten 66 259 Stimmen (141 Mandate).

Die Gelben brachten es auf 8553 Stimmen und 28 Mandate, die Sozialisten auf 4718 Stimmen und 28 Mandate, die Polen auf 291 Stimmen und 2 Mandate. Außerdem gab es noch 2441 sonstige Stimmen mit 7 Mandaten.

kommandanten Janda sich mit der Rehabilitierung des Bringen Wundschirach nach abfinden wollte, wurde Janda zurücktreten. Der frühere Kriegsminister, wurde dann mit der Reorganisierung und Leitung der Armee betraut.

So geschehen im Lande der Herrsch-Diktatur. Das in Rajakismus in Reinkultur. Der Staatsbetrüger und Frankenfälcher wird nicht nur freigesetzt, sondern fordert noch Millionen als Entschädigung dafür, daß man ihm, dem firtlichen Gauner, die Millionenfälschung überhaupte nur überlassen hat. Und bekommt sie schließlich sogar, oder doch einen Teil davon. Bekommt sie genau so wie Wundschirach, der den Fälscher deckte, die Oberleitung der Armee bekam und die abließ, die wenigstens den Schein der Reinlichkeit wahren wollten. —

Der Aufstieg des „Daily Herald“

Aus London wird gemeldet: Wie aus einer amtlich geprüften Ausstellung hervorgeht, hat der „Daily Herald“, der bis zum 15. März eine Gesamtauflage von rund 300 000 Exemplaren besaß, seit seiner Reorganisation eine dauernde Auflage von über einer Million Exemplaren erreicht.

Das Wort der Arbeiterpartei ist damit innerhalb 14 Tagen zur drittgrößten englischen Tageszeitung aufgestiegen, am Vortag der in der Geschichte des englischen Journalismus keinen Präzedenzfall bot. —

Von der Brücke gefeuert

Berlin, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Berliner Kaufhausrevue spielte sich heute vormittag ein aufregender Vorgang ab. Ein Polizeibeamter kam von zwei Herren begleitet, über die das Kaufhaus. Böhmern rannte er an des Geländers und sprang in die Erde. Obwohl man sofort alle Maßnahmen ergriff, war es nicht mehr möglich, den Polizeibeamten zu retten.

Es handelt sich um einen Vorboten, der seit langem im Verdacht stand, die ihm zur Verfügung übergebenen Briefschaften unterschlagen zu haben. Er wurde seit längerer Zeit beobachtet. Auch heute folgten ihm zwei Minimalbeamte. Als sie sahen, daß er Briefe besichtigte, nahmen sie ihn fest und forderten ihn auf, mit zur Polizei zu kommen. Auf dem Wege dorthin beging er dann den Selbstmord. —

Grubenunglück in Spanien

In London, 8. April. Durch Einstürze in einer Grube in der Nähe von Manja in Spanien sind 40 Bergarbeiter eingeschlossen worden. Bisher wurden zwei von ihnen als Leichen geborgen. —

Notizen

Neuer Schlichter im Schneiderstreit. Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreites der Schneider, die am Montag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, brachten den Schlichtungsarbeiten bereits einen beachtlichen Erfolg. Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Vereinen, wonach unter Ausage der Einstellung des Braunschweiger Schlichters „Prusa“ eine neue Schlichterkommission zur Erledigung der Streitigkeiten in der Herren- und Damenmodenschneider gebildet wird. Die neue Schlichterkommission soll am kommenden Mittwoch, vormittags 9 Uhr, zusammentreten. — Inzwischen in die Zahl der Streit-Städte, die zu Beginn des Jahres 25 betrug, auf 114 gestiegen. —

Reisen in Danzig. Die Lösung der Danziger Frageungsbüro die letzte zum Ende der Verhandlung des Danziger Streites und des Senats möglich sein. Die Lösung eines großen Teiles der bürgerlichen Parteien läuft jedenfalls auf Verhandlungen hinaus. —

Brand erhaltet Bericht. Brand erhaltete am Montag den Mandatrat Bericht über den Stand der Londoner Seebeschäftigungskonferenz. Das offizielle Kommuniqué über die Beratung der Mandatrat ist sehr knapp gehalten und lautet lediglich, daß Brand in den letzten Wochen in dem französischen Memorandum vom 21. Dezember niedergelagerten Standpunkt fest und ganz korrekt habe und in einem ununterbrochenen Kontakt mit allen auf der Konferenz beteiligten Mächten geblieben habe. Brand wird am Donnerstag nachmittag um 4 Uhr nach Berlin zurückkehren. —

Die Parteifunktionäre zur politischen Lage

Ergiebige Aussprache - Die Partei für alle Fälle gerüstet

Die am Montagabend im „Wilhelmspark“ stattgefundenen großen Funktionärstagen der Partei war wirklich eine „große“ Sitzung, sowohl an der Besucherzahl, als auch an dem gesunden Geiste, von dem sie getragen wurde, gemessen. Sehr zahlreich hatten sich die Funktionäre eingefunden und lange und ausgiebig in bester Kameradschaft ist bis um Mitternacht diskutiert worden. Zeit jener großen Funktionärversammlungen vor den letzten Kommunalwahlen ist keine so lebendige ergiebige Aussprache geführt worden. Mit voller Offenheit wurde diskutiert, und es zeigte sich, daß sehr wohl unsere Funktionäre politische Situationen zu überschauen und zu behandeln wissen. Als Genosse Neel am Schlusse der Versammlung seiner großen Freude über diese Lebendigkeit Ausdruck gab und in der Folgezeit ähnliche Aussprachen für geduldet hielt, wurde ihm von seiten der Funktionäre der gleiche Wunsch bekräftigt.

Ernte, wenn auch nicht gefährliche, politische Gegenwarts- und Zukunftsfragen verlangen eine ausgiebige Behandlung. Sollte eines Tages die deutsche Sozialdemokratie zu entscheidenden Kämpfen herausgefordert werden, dann müßte sie eine Aktivität entfalten, die nur einer Partei eigen sein kann, die einen bis ins kleinste Glied der großen Organisation geschulten Funktionäre besitzt.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Genossen Wittmann trat der Reichstagsabgeordnete Genosse Jertl das Wort zu einer allgemeinen Darstellung der politischen Lage. Er führte etwa folgendes aus: In diesen Tagen wird sich gewiß mancher Parteigenosse gefragt haben, warum müßte die Regierung Müller zurücktreten? Der Genosse Müller hatte doch beim Antritt des Amtes seinen Willen, eine ganze Legislaturperiode die Regierung zu führen! Das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung ist aber nicht ein Zeichen ihrer Ermüdung, sondern der Ausbruch der sozialen Spannungen in Deutschland, der Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Es ging und geht um die Frage: Wer soll die Lasten des Krieges tragen? Die Härte, mit der in diesem Kampfe die Anschauungen aufeinanderprallen, beweist, daß Beteiligung an der Koalition nicht Aufgabe des Kleinverdienenden bedeutet. Es geht heute mehr denn je hart auf hart, das merkten am deutlichsten die Genossen der Reichstagsfraktion, die bei wichtigen Entscheidungen einen harten Kampf mit sich selbst austragen mußten. Auch die Entscheidung der letzten Woche in der schweren Angelegenheit der Reichstagswahl, die jeder einzelne von uns mußte sehr wohl, daß die

Entscheidung auf die Politik der kommenden 10 Jahre von nicht geringer Bedeutung

in. Je mehr Terrain wir gewinnen, um so energischer werden unsere Gegner sich zur Wehr setzen. Was wir bei aller friedlichen Betrachtung der politischen Verhältnisse nicht vergessen dürfen, das sind die Machtverhältnisse im Reichstag. Von 475 Sitzen haben die Sozialdemokraten nur 152 inne. Die 56 kommunistischen Stimmen fallen gänzlich aus, oder tragen im Effekt nach dazu bei, daß die Fraktion der Rechten überlegen ist. Die besondere Konstellation, die Einseitigkeit unserer Mittelparteien, macht das Regieren in Deutschland besonders schwer. Wenn die Sozialdemokraten nur mit einer Partei in der Regierung hätten zusammen arbeiten müssen, wäre die Situation günstiger gewesen.

Das Wahlergebnis vom Mai 1928 zwang uns, zu regieren. Uns lag aber auch daran, die Frage der Reparationen endlich zu klären, um aus der Wirtschaft einen ganz besondern Anstoßfaktor zu entfernen. Die Regierung Müller hat trotz aller wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten einiges für die Arbeiterklasse leisten können. Sie hat sich in einer Zeit, wo 3 Millionen Arbeitslose vorhanden waren,

mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung der Sozialversicherung und Sozialfürsorge eingesetzt

und gegeben, was ihre Gegner zu zerbrechen suchten. Genosse Müller hat dabei Geduld und Fertigkeit gezeigt, und Seberungsleistungen um die Erhaltung und den Ausbau der Republik sind auch deutlich genug. Öffentlich wird der neue Innenminister Wirth die Aktion gegen den Rutschminister Fried im gleichen Sinne zu Ende führen.

Wie schon gesagt, unser Bestreben in der Regierung war in erster Linie darauf gerichtet, den außenpolitischen Unruhefaktor zu entfernen, durch klare, feste Bestimmungen. Bei den Kämpfen um die Verteilung der erzielten Nachlässe waren die Mittelparteien alle von dem Wunsche besetzt, die Lasten der Arbeiterschaft aufzubürden. Dagegen haben sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und die Fraktion mit aller Entschiedenheit zur Wehr gesetzt. Wir fanden uns zu gewissen Konzessionen bereit, anerkannten die Not gewisser Teile der Landwirtschaft. In der Frage der Erwerbslosenversicherung mußten wir jedoch unsere Bedingungen stellen. Auch über Reformen ließen wir uns nicht reden; aber zu einer Einschränkung der Leistungen konnten wir uns nicht bereit finden.

Niemals werden wir an den Grundfesten der Sozialversicherung rütteln lassen.

Unzweifelhaft ist die Entscheidung der Fraktion im Falle des Regierungsaustritts durch die Haltung des Vorstandes vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund beeinflusst worden. Stellend sind durch die Haltung der Gewerkschaftsvertreter die rein politischen Erwägungen in den Hintergrund gedrängt worden. Die Entscheidung, das sei nochmals gesagt, ist uns in diesem Falle gewiß nicht leicht geworden.

Schiel steht jedenfalls fest: Die Regierung Brüning war bereits vor dem Rücktritt des Kabinetts Müller fertig. Brüning hatte allerdings gehofft, die Deutschnationalen zu zerbrechen und mit der Volkstagsmehrheit die Regierung zu regieren. Brüning machte um einen Schritt durch die Rechnung; er zeigte wider Erwarten politische Fähigkeiten und gab der Regierung seine Zustimmung. Die Mehrheit dieser Regierung ist jedoch außerordentlich mäßig. Sie wird sich, wie sie bereits andeutete, möglicherweise auf den Artikel 48 der Reichsverfassung stützen wollen.

Wir stehen in Opposition. Aber nicht in Opposition „unter allen Umständen“.

Unsere Opposition wird sachlich sein, und wenn es möglich ist, werden wir einigen, unsere Wünsche anerkennenden Gesetzen und Entscheidungen unsere Zustimmung nicht verweigern. Gegen die Anwendung des Artikels 48 werden wir uns allerdings mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Niemand hat das Recht, unter diesen Umständen den Artikel 48 zur Anwendung zu bringen. Wir werden solche Diktatur-Erklärungen nicht zu würdigen wissen. Vor Neuwahlen braucht unsere Partei unter keinen Umständen zurückzutreten. Mehr denn je geht es um zwei sich widerstrebende Auffassungen: Die Kapitalismus, die Kollektivismus. Es fällt uns nicht schwer, eine bessere Argumentation für unser Recht zu führen. Wir sind auch in der Opposition stark. Und unsere kameradschaftlichen Funktionen werden, wenn Neuwahlen notwendig sind, ihren Mann zu stehen wissen und nicht überfordert werden.

Genosse Wittmann eröffnet die Diskussion. Er bedauert das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung. Es sei den Bürgerlichen zu leicht gemacht worden, die Regierungsgeschäfte in die Hand zu nehmen. Die Drohung mit der Reichstagsauflösung könne nicht schaden; aber

wer gebe die Gewähr für eine verfassungsmäßige Regierung?

Aus dem Artikel 48 könne sich alles ableiten. Wenn Rays und Kommunisten Blamant machen würden, könne man auch Neuwahlen verhindern und den Diktaturverleihen Tor und Tür öffnen.

Der Siegeszug des Sozialismus dürfe durch solche Mäßen nicht aufgehalten werden. Die Reichstagsfraktion müsse der Regierung nötigenfalls zu einer Mehrheit die Stütze geben. Bei einem Sturze dieser Regierung müsse die Sozialdemokratie ja doch wieder die Kabinetsbildung in die Hand nehmen.

Genosse Heuer ist der Meinung, daß die politischen Kräfte, die hinter der neuen Regierung stehen, keinesfalls auf eine Diktatur hinarbeiten. Eine sachliche Opposition sei für die Sozialdemokratische Partei das Gegebene. Die gegenwärtige Situation habe zwar die Grenze des Erreichbaren gezeigt, aber zugleich auch, daß durch die Beteiligung an der Regierung der Arbeiterschaft ein Schutz gewährt sei.

Genosse Hiltmann wendet sich gegen Wittmanns pessimistische Auffassung.

In Österreich habe man auch schon vor einer ähnlichen Situation gestanden;

auch dort sei von Reichstagen mit dem Staatsreich gedroht worden. Aber die Frage: Wie denn? habe niemand recht beantwortet können. Zum Staatsreich gehöre in Deutschland eine Kleinigkeit: eine entsprechende Organisation! Die Reichswehr könne es auch nicht allein machen. Aus Angst vor dem Artikel 48 brauchten wir nicht ins Manoeuvrieren zu treten. Wir müßten, solange als möglich, in Opposition bleiben und dann, beim Sturze der Brüning-Regierung, Neuwahlen bereiten. Einem Putsch stünde auch die wehrfähige Regierung noch im Wege. Die größte Angst vor dem Artikel 48 habe Brüning selbst. Die Volkspartei und das Zentrum würden sich innerlich zum Putsch bereit finden. Auch Hindenburg sei über solche Abenteuer hinaus. Ein Putsch könne ideologisch wohl vorbereitet sein, um zum Erfolg zu kommen, müsse

Vorlagen an die Stadtverordneten

Fluchtlinienänderung der verlängerten Schillerstraße

Im Bebauungsplan der Wilhelmstadt sind für die Verlängerung der Schillerstraße zwischen Spielgärtchenstraße und St. Desiderius Straße Fluchtlinien festgesetzt, wonach 16 Meter Straßenbreite und beiderseitig 4 Meter breite Vorgärten vorgesehen sind. Das Straßennuß muß über das Grundstück Große Diedericher Straße 17/18 geführt werden. Der Besitzer des Grundstücks (Schluis) hat beantragt, von der Durchführung der Straße abzusehen oder durch besseren Schnitt die beiderseitigen Restflächen verwendbarer zu machen. Im Verkehrsinteresse kann jedoch die geplante Verbindung nicht aufgegeben werden. Dagegen hat der Magistrat, um eine wirtschaftlichere bauliche Ausnutzung des Grundstücks zu ermöglichen, einen Abänderungsvorschlag aufgestellt, mit dem der Antragsteller sich einverstanden erklärt hat. Danach soll das Straßennuß etwas gewichtet und nur an der Westseite, wo größere Bautiefe vorhanden ist, ein 5 Meter breiter Vorgarten angeordnet werden. Die Stadtverordneten sollen dem Vorschlag zustimmen.

Fluchtlinien für Rüdigerstraße und Kannelal.

Für die Fortführung der Rüdigerstraße über das „Kannelal“ hinaus bis zum Lorenzweg hat der Magistrat einen Fluchtlinienentwurf aufgestellt, um die bereits begonnene und weiter zu erwartende Bebauung des Geländes in geregelte Bahnen zu lenken. Der ausgebaute Teil der Rüdigerstraße hat 12 Meter Straßenbreite; beiderseitig sind 4 Meter breite Vorgärten festgesetzt. Für den anschließenden Teil bis zum Lorenzweg genügt eine Straßenbreite von 11 Meter. Beiderseitig sind 5 Meter tiefe Vorgärten angeordnet worden. Der Übergang von 12 Meter auf 11 Meter Straßenbreite soll innerhalb 50 Meter Länge in einer leichten Kurve allmählich durchgeführt werden. Gleichzeitig sollen für die unmittelbare anschließenden Teile des Kannelals und des Lorenzwegs Fluchtlinien festgesetzt werden. Für das Kannelal ist eine Straßenbreite von 12 Meter vorgesehen und beiderseitig Vorgärten. Der Lorenzweg hat größere Verkehrsbedeutung und erhält deshalb eine Breite von 24 Meter. Auf der Südseite ist noch ein Vorgarten angefügt. Die Stadtverordneten-Versammlung soll dem geplanten Fluchtlinienentwurf zustimmen.

Straßenführungen südlich der verlängerten Kruppstraße.

Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnhofs Budau hatte der Magistrat einen Bebauungsplan aufgestellt, durch den außer der Verbindungsstraße zwischen Kruppstraße und Schönebader Straße (jetzt Kurz-Sorge-Straße) sowie der Abänderung der Fluchtlinien für die anschließenden Straßen auch gleichzeitig die Straßenführungen in dem Gebietsteil südlich der verlängerten Kruppstraße zwischen Dödenhofer Straße und Freie Straße nach der Dödenhofer Straße zu geregelt werden sollten. Gegen die hierfür geplanten Fluchtlinien sind Einwendungen erhoben worden, die beim Bezirksausschuß zur Verhandlung gelangt haben. Es wurde vorgeschlagen, im Hinblick auf die für die Beteiligten erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten von der Verlängerung der Nordstraße abzusehen und nur die Grundstücke weiterzuführen. Dieser Anregung folgend wurde ein Abänderungsvorschlag aufgestellt. Danach soll nunmehr die verlängerte Grundstücke im Zuge der projektierten Parallelstraße (südl. Parallelstraße zur verlängerten Kruppstraße zwischen Dödenhofer Straße und Freie Straße) in der Dödenhofer Straße geführt, im übrigen aber die Parallelstraße nicht angelegt werden. Die Nordstraße würde also am ursprünglichen Grundstück abgeschlossen, entsprechend dem jetzt bestehenden Zustand. Auch hier sollen die Stadtverordneten die Zustimmung geben.

Fluchtlinien für die „Perronzug-Siedlung“.

Die „Perronzug-Siedlung“ am Großen Cracauer Lager unweit des Bahnhofs nach einem im Jahre 1908 aufgestellten Bebauungsplan. Seine Ausführung erfolgte aber nicht, weil seitens der Militärverwaltung gegen die Neubauvorhaben von Angehörigen zur Verbreiterung des früheren sog. Schwarzen Weges Einwendungen gemacht worden waren. Verschiedentlich Vorschläge lassen es zweckmäßig erscheinen, eine Planfeststellung durchzuführen, um bei der Erweiterung der Siedlung im öffentlichen Interesse eine geregelte Bebauung zu sichern. Nach dem angegebenen Entwurfsplan würde die Nordstraße in der vorhandenen Straßenbreite von 10 Meter umändert, die Vorgärten jedoch, werden 5 Meter breit angeordnet. Die südlich zur Nordstraße geplante Parallelstraße (Straße 2) an der Grenze des Terrains Grundstück Nr. 9 Meter breit vorgesehen und soll an der Ostseite 5 Meter, an der Westseite 7,5 Meter breiten Vorgärten erhalten. Beide Straßen werden am Bahndamm durch die Straße 1 als Verlängerung der Lenaustraße miteinander verbunden. Für dieses Straßennuß ist ebenfalls 9 Meter Breite und 5 Meter tiefer Vorgarten an der Bebauungsseite vorgesehen. Die Stadtverordneten sollen zustimmen.

Flächierung von Bürgersteigen im Hofgarten.

Die Gartenstadt Hofgarten hat den Antrag auf Flächierung der Bürgersteige auf der Südseite des Hofplatzes und der Westseite des Alleenweges gestellt. Das Projekt der Tiefbauverwaltung liegt vor, die fraglichen Bürgersteigflächen mit Moirésteinen zu versehen. Der Kostenschätzungsbericht mit 7500 Mark ab. Die Gartenstadt Hofgarten hat bisher 4700 Mark an den Straßenherstellungsbestand angeführt und ist nicht in der Lage,

man unter allen Umständen eine Organisation haben, wie sie in allen Reichsländern vorhanden gewesen sei. Auch vor Neuwahlen brauche man keine Bange zu haben, die politische Situation sei für die Sozialdemokratie keinesfalls schlecht.

Genosse Cröhn spricht sich für die Aufstellung eines republikanischen Erfolgsprogramms aus. Auch in der zukünftigen Personalpolitik müsse noch mehr Linie gehalten werden als bisher.

Genosse Crummeners Ausführungen stehen parallel zu den Darlegungen des Genossen Jertl. Dem Genossen Cröhn hält er entgegen, daß es an Programmen nicht fehle. Es käme nicht darauf an, was wir wollten, sondern was wir könnten. Die Regierung Müller sei nicht erfolglos gewesen. Schiedsprüche und die Erhaltung des Reallohnes sei ihr zu verdanken; sie hätten der Volkspartei immer auf dem Magen gelegen.

Je näher wir der Macht kämen, um so schwerer gestalte sich unser Kampf.

Es gelte, uns ideologisch und materiell auf alle Fälle vorzubereiten. Die Lebendigkeit der Sozialdemokratischen Partei werde alle politischen Siege parieren können.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprachen noch die Genossen Paul Bach, Behring, Paulsen, Ganebuth und Wittmann. Sie fanden sich alle auf der vom Genossen Jertl gezeichneten politischen Basis, brachten aber alle neue, wertvolle Gesichtspunkte in die Debatte, die unzweifelhaft einen klaren Weg des Handelns erkennen ließen.

Genosse Jertl zog das Fazit der regen, kameradschaftlichen Aussprache und stellte mit großer Freude fest, daß seit langer Zeit eine so ergiebige Aussprache nicht geführt worden sei. Es habe sich gezeigt, daß die Genossen in den Betrieben über die Tagesfragen hinaus sehen könnten, und ihre Schlüsse seien in der Tat folgerichtiger und unbeeinträchtigt, als die der Reichstagsabgeordneten. Diese Fühlungnahme sei wichtig. Öffentlich gelänge es in Zukunft, oftmals eine so lebhaft, anregende Diskussion zu führen. —

die restlichen 2800 Mark einzuzahlen, um die Arbeiten in vollem Umfang ausführen lassen zu können. Sie hat daher gebeten, mit den Pflasterarbeiten an der Ostseite des Hofplatzes zu beginnen und nach dem Alleenweg hinzuarbeiten, bis der bereits eingezahlte Betrag von 4700 Mark erschöpft ist. Die Stadtverordneten sollen diesem Vorschlag zustimmen.

Kosten für das Industrie- und Hafengelände.

Infolge der Herstellung des Industrie- und Hafengeländes bei Kothensee sind durch Vermessungen, Entschädigungen an Landwirte für Aufwuchs und Düngung, Umzugslosten an die Mieter, die ihre Wohnungen räumen mußten und dergl. Ausgaben entstanden, die sich bis einschließlich 31. März 1930 auf zusammen 15 472 Mark beliefen. Sämtliche Ausgaben sind verursacht infolge der Inbesitznahme des erforderlichen Geländes, soweit es der Stadt nicht gehört und der Vorbereitung des Eigentumsübergangs auf die Stadt. Der größte Teil davon wird später auf die für die Beteiligung der Stadt an der Industrie- und Hafengelände bewilligten Mittel zu verrechnen und, soweit die Mittelallianz - Hafen - AG. zur Zahlung verpflichtet ist, von dieser zu erlassen sein. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich mit der einseitigen Veranschlagung des Betrags einverstanden zu erklären. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)



Bin 65 Jahre alt, fühle mich aber so frisch und jugendlich wie mancher 40jährige nicht!

Herr Chr. M. in M. schreibt am 23. 1. 1930 wörtlich wie folgt: „Ich nehme Ihr Neo-Kruschen-Salz schon seit Jahren. Ich bin 65 Jahre alt, fühle mich aber so frisch und jugendlich, wie mancher 40jährige nicht. Bei Spaziergängen und Ausflügen werde ich immer ans Ende des Zuges gestellt, weil ich sonst so schnell gehe und die anderen nicht mitkommen. Mein Körpergewicht ist um 20 Pfund geringer geworden, ohne daß ich irgend etwas anderes gebraucht hätte als Neo-Kruschen-Salz. Ich habe das Salz schon vielen Bekannten empfohlen, die es jetzt auch ständig nehmen und sich gut dabei fühlen...“ ges. Unterschrift. (Originalschreiben liegt vor und kann eingesehen werden.)

Wie viele Menschen reisen Jahr für Jahr unter Anwendung großer Geldmittel in Bäder und Kurorte, um Mineralwasser an der Quelle zu trinken und sich aufzufrischen, d. h. zu stärken für die hohen Anforderungen unserer schweren wirtschaftlichen Zeit, in der nur derjenige erfolgreich sein kann, der geistig, körperlich und durch seinen Werdegang hinreichend gestärkt ist, um den Erfolg auf seiner Seite zu haben. Was aber machen die Millionen Menschen, die nun einmal nicht so gestellt sind, daß sie Reisen in die Bäder machen könnten. Sie aber das gleiche Anrecht auf Leben und Erfolg haben! Alle diese Lebenskameraden unserer Zeit sollten sofort mit

NEO Kruschen SALZ

beginnen, denn Kruschen ist ein künstliches Mineralquellsalz-Erzeugnis, entstanden auf den wissenschaftlichen Grundlagen natürlicher Quellwasser. Kruschen hat eine ähnliche Wirkung zu vielfach billigerem Preise, d. h. zum Preise von 8 Pf. pro Tag. 1 Originalglas Kruschen reicht für 100 Tage und kostet Mark 3.— in Apotheken und Drogerien. Achten Sie aber auf die altein rote gelb-schwarze Packung mit dem Namen „Neo-Kruschen-Salz“. Leihen Sie angeproben Nachnahmen ab, vor denen nicht ständiglich genug gewarnt werden kann. Kruschen hat Weiruf, kein Land der Erde ohne Kruschen.

Aus Mitteldeutschland

Arbeitsmarktlage durchaus unbefriedigend

Bericht des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland.

Der mitteldeutsche Arbeitsmarkt unterlag während der zweiten Hälfte des März überwiegend saisonmäßigen Einflüssen. Auf der einen Seite wirkten sich diese in der Richtung einer Verengung der Arbeitsmarktsverhältnisse aus, so in der Leder- und Schuhwarenindustrie, im Musikergewerbe und zum Teil im Spinnstoffgewerbe, wo durch die Beendigung der Winterarbeiten oder durch Erledigung der für das Ostergeschäft vorgelegenen erhöhten Aufträge eine erneute Freigabe von Arbeitskräften einsetzte, auf der andern Seite in Richtung eines erhöhten Abstroms von bisher arbeitslosen in neue Beschäftigung, so vor allem in den Freiluftarbeiten.

Wenn auch im allgemeinen der Abstrom von Arbeitnehmern durch die einzelnen Betriebe nur erst zögernd und in beschränktem Umfang erfolgt, so hat sich doch seit Anfang März, wo die Arbeitslosigkeit ihren diesjährigen Höchststand in Mitteldeutschland erreicht hatte, bereits die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden wesentlich verringert. Der Rückgang der Arbeitsuchenden betrug in der ersten Märzhälfte 9526 und in der zweiten Märzhälfte 25466. Am 31. März 1930 wurden in Mitteldeutschland noch insgesamt 253 723 Arbeitsuchende gezählt, von denen rund 25 v. H. aus Verufen stammten, für die im Winter herkömmliche Arbeitslosigkeit vom Reichsarbeitsminister als gegeben angesehen wurde. Von diesen berufsbillich im Winter arbeitslos waren in der Zeit von Anfang bis Ende März rund 22000 in Beschäftigung getreten; Anfang April waren aus dieser Personenkreis noch 80 000 nicht wieder untergebracht.

Die Masse der Arbeitslosen stellt nach wie vor das Bauergewerbe, die Industrie der Steine und Erden sowie die Berufsgruppe Lohnarbeit wechselseitig dar, bei den weiblichen die Landwirtschaft. Die Zahl der aus diesen Berufsgruppen stammenden arbeitslosen übersteigt die des Vorjahres noch um rund 13 200, was zum größten Teil auf die

Finanzierungsschwierigkeiten im Berggewerbe

zurückzuführen sein dürfte. Die zögernde Neuentdeckung von neuen der Landwirtschaft ist im wesentlichen dadurch bedingt, daß die milden Winterverhältnisse während des Winters 1929/30 die Erledigung einer Reihe von Außenarbeiten schon in den vorangegangenen Monaten ermöglichten, so daß hierzu das vorhandene Stammvermögen verwendet werden konnte.

Jedoch auch in den nicht-saisonabhängigen Verufen ist die Arbeitslosigkeit in Mitteldeutschland zurzeit noch bedeutend höher als im Vorjahr, so vor allem in der Metallindustrie (+ 17 700), im Holz- und Schnitzstoffgewerbe (+ 5000), im Bergbau (+ 4500) und bei den kaufmännischen, Büro- und technischen Angestellten (+ 4100). Betriebsstilllegungen und Entlassung oder Vermehrung von Kurzarbeit infolge Abzugs mangels geistiger auf immer mehr Erwerbszweige über, so daß trotz gewisser jahresspezifischer Entspannung die Gesamtlage am mitteldeutschen Arbeitsmarkt noch als durchaus unbefriedigend angesehen werden muß.

Dementsprechend ist auch die Forderung der Unterhaltungsmaßnahmen der Reichsarbeitsämter für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Mitteldeutschland vom noch sehr beschränkt. Anfang April 1930 wurden im Bereich des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland gezählt 150 168 Hauptunterhaltungsmaßnahme verfallender arbeitsloserunterstützung. Vorjahr: 177 879 und 215 999 Hauptunterhaltungsmaßnahme der arbeitslosen gegenüber 13 700 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es konnten also bis zum 1. April d. J. in Mitteldeutschland rund 27 000 Arbeitsverträge monatlich untergezeichnet werden als im Vorjahr zum gleichen Zeitpunkt. Das ist ein ungünstiges Zeichen.

Gegen Stilllegung der Jakobsgrube

Die Jakobsgrube in Preußisch-Börneda beabsichtigt, ihren Betrieb teilweise stillzulegen. Die „Vollstimme“ erwiderte schon davon, zu diesem Zwecke hatte das Werk am 1. April dieses Jahres eine Betriebsrats-Sitzung einberufen, in der die Stellung zur Stilllegung genommen wurde. Von der Betriebsratung ist beabsichtigt, zum Anfang Mai 152 Mann zur Entlassung zu bringen, während 63 Mann verläufig weiter beschäftigt werden sollen. Nachdem in der Betriebsrats-Sitzung der gesamte Betriebsrat einer Entlassung und einer Entlassung von Leuten

nicht zugestimmt hat,

wird nunmehr der Antrag auf Stilllegung oder teilweiser Stilllegung vom Werk aus an die Demobilisierungsbehörde gestellt werden. Eine Demobilisierung mit dem Demobilisierungsamt der zuständigen Behörde, an der die Verlesung, die Betriebsratung, die Bergbehörde und außerdem die Gewerkschaften teilnehmen werden, wird endgültige Beschlüsse von der Jakobsgrube fassen.

Wenn auch die Jakobsgrube unter einem gewissen Arbeitsmangel zu leiden hat und Lagerbestände in gewissem Umfang vorhanden sind, so muß doch gegen die Stilllegung der Grube energig protestiert werden,

denn die mitteldeutsche Braunkohlen-Industrie im wesentlichen längende Geschäfte gemacht hat. Eine Sanierung im finanzieller oder irgendwelcher Hinsicht darf nicht auf Kosten der Arbeiterschaft allein durchzuführen werden, sondern hier muß verlangt werden, daß auch die Werke ihren Anteil an den Kosten, die nun einmal zu bringen sind, übernehmen. Das hier der Gewerkschaften ist groß genug. Umständlich und nicht praktikabel auszuweisen, so daß von den Werken alles getan werden muß, um eine bessere Erhöhung der Arbeitslosen zu beschaffen.

Den Kopf zermalmt

Der 19-jährige H. B. in Groß-Schalluhn Kreis Osterburg fuhr mit seinem mit Strohballen beladenen Wagen durch am Schlagloch. Die Ballen gingen vorn nieder und rissen den hintere Radreifen aus der Schiene unter den Wagen. Das Hinterrad ging ihm über den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die bedauernswerten Eltern des noch so jungen Arbeiters sind Mitbewerber und wie ihr Leben auf dem Gute Groß-Schalluhn beschaffen.

Schiffuntergang im Blauer Kanal

Ein mit Reis beladener Kahn aus Werfen Hof an der Müritzer See kam am 1. März beim Durchfahren des Blauen Kanals auf dem Grunde auf, das ihn zum Sinken brachte. Es es ein Unter oder ein großer abgepresster Stein war, das das Schiff, konnte noch nicht festgestellt werden.

Zurückführung großer Eisenbahndiebstahle

In Brandenburg wurden seit längerer Zeit beträchtliche Eisenbahnen- und Gepäckwagen, welche hauptsächlich Konstruktionsmaterialien enthielten, beschlagnahmt, ohne daß es gelang, den Täter zu ermitteln. Den Geschäftskunden, die die betreffenden Gütertransporte erhalten, ist ein ziemlich großer Schaden entstanden. Auch die jungen Herr und Weibe mußte vermutet werden, daß der Täter in Brandenburg zu suchen sei.

Die Ermittlungen von Jagdungsbeamten der Reichsbahn-Inspektion Magdeburg haben endlich zur Ermittlung des Täters geführt. In seiner Wohnung wurde erhebliches Diebstahlgut beschlagnahmt. Dem Täter gelang es, nachdem er in Erfahrung gebracht hatte, daß man ihn auf der Spur war, zu flüchten. Er konnte nach nicht ergriffen werden.

Durch weitere Ermittlungen der Beamten konnten auch die Helfer in Magdeburg ausgehoben werden. Da-

bei wurde erhebliches Diebstahlgut beschlagnahmt. Es handelt sich um Kleider, Mäntel, Gardinen, Schuhe, Strümpfe, Unterwäsche, Handschuhe usw. —

Herzschlag beim Hilsfwerk

Unfall bei Barby.

Am Montagmorgen wurde an der Kleinen Elbe die Baumpflanze der Gärtnerei Stede gereinigt. Die Spritze war mit einem Pferd bespannt. Plötzlich scherte das Pferd und die Spritze saugte die steile Uferböschung hinab in das Wasser, das Pferd mit sich reichend. Das Pferd schien zu ertrinken, da es mit der schweren Baumpflanze beladen war.

Paul Schulze, Parteigenosse, der den Vorgang mit beobachtet hatte, holte einen Kahn von dem Probantmann Hofrecht, um das Pferd aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Er saß bereits in dem Kahn, als er plötzlich das Ruder fallen ließ und sich zur Seite neigte. Als man den Kahn aus Ufer gezogen hatte, war Genosse Schulze bereits verstorben. Ein herbeieilender Arzt stellte Herzschlag fest. Der so jäh aus dem Leben Geschiedene hinterläßt außer seiner Frau noch drei Kinder. —

Freitod in der Gartenparzelle

Heute morgen kurz nach 6 Uhr wurde der Arbeiter W. Behrens in Groß-Otterwiechen, Morgenstraße 6, in seiner an der Salfer Chaussee gelegenen Gartenparzelle, von seinem Sohn tot aufgefunden. W. hatte sich mit einem 6-Millimeter-Revolver einen Kopfschuß beigebracht. Die Tat muß schon in den Abendstunden des Montag erfolgt sein. Der Grund zu diesem Schritt ist unbekannt. W. verließ seine Wohnung mit der Angabe, sein Fahrrad von Magdeburg holen zu wollen. Es war aber bei ihm häufig ein gedrucktes Wesen zu beobachten. —

In der Wohnung überfallen

In der Nacht zum Montag ist der Landwirt G. in Eichstedt (Kreis Osterburg) in seiner Wohnung von drei Diebstahl überfallen worden. Sie hielten 200 Mark mitgeben und verschwand den dann eilig. Einer der Täter konnte erkannt werden. Es

handelt sich um den landwirtschaftlichen Arbeiter Nikolaus Wendel, 20 Jahre alt. Alle drei sind flüchtig.

Zu dem Heberfall auf den Landwirt Göthe in Eichstedt, erfahren wir noch, daß zwei der Täter, Nikolaus Wendel und Heinrich Kannenberg, festgenommen wurden. Dem G. konnten noch 52 Mark und ein Fahrrad, dem W. außer einem kleinen Geldbetrag die gestohlene Uhr und der Heber abgenommen werden. Der dritte Täter ist vermutlich der Arbeiter Friedrich Kanow, 1. April 1900 in Königsberg geboren, der noch flüchtig ist. Bei dem Heberfall haben die drei den Landwirt G. arg zugerichtet. Mit einem Heber, mit einer Eisenklinge und andern Gegenständen schlugen die Diebe auf ihn ein, bis er übermäßig war und sie dann ungehindert den Raub vornehmen konnten. —

Schwerer Unfall eines Möbeltransportes

Todesführung eines Siebzehnjährigen.

Auf der Fahrt nach Rißingen geriet ein Möbelwagentransport der Kalleischen Firma Knechtberg infolge Verjagens der Steuerung in einer Kurve ins Schlingern. Der 17-jährige Sohn des Besitzers Knechtberg sprang aus dem Wagen und wurde in diesem Augenblick unter dem umstürzenden Anhänger begraben. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit verstarb.

Der Kraftwagen kam dann an einer Mauer zum Stehen. Dadurch blieben die übrigen mitfahrenden drei Personen, und zwar der Fahrer Knechtberg, dessen zweiter Sohn und ein Arbeiter unversehrt. Der Kraftwagen sowohl als auch der Anhänger wurde mit dem darin befindlichen Möbeln vollständig zerstört.

Todessturz in der Kurve

In Troitz bei Delitzsch stießen zwei Motorradfahrer mit voller Wucht zusammen. Dabei erlitt der Müllererfelle Thierme aus Grenitz einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er bald darauf im Delitzscher Krankenhaus verstarb. Der andere Motorradfahrer, der Delitzscher Brautiger aus Prötitz, kam mit leichten Verletzungen davon. Die Schuld an dem Unfall trifft Thierme, der ohne ein Zeichen zu geben in eine Nebenstraße einbiegen wollte. —



RAMSE'S

ohne rund

Die 4 Cigarette

aller werktätigen Raucher!

